



In der öffentlichen Debatte über das Phänomen des Populismus stehen zu-  
meist populistische Kandidaten und Parteien im Mittelpunkt: Donald Trump,  
Victor Orban oder Marine LePen, die Alternative für Deutschland (AfD), die  
Lega Nord oder die „Wahren Finnen“. Auch die Politikwissenschaft beschäf-  
tigt sich mit der Angebotsseite des Populismus: sie klassifiziert Parteien an-  
hand ihrer Programmatik (siehe zum Beispiel Lewandowsky, Giebler et al.,  
2016) oder analysiert Auftreten und Kommunikationsstrategien populistis-  
cher Kandidaten (zum Beispiel Diehl, 2011). Allerdings kann die Geltung der  
schon in der Ökonomie fragwürdigen Annahme, dass jedes Angebot sich sei-  
ne Nachfrage selbst schaffe, im politischen Wettbewerb nicht unterstellt  
werden: der Kampf um Stimmanteile ist ein Nullsummenspiel. Wir argumen-  
tieren daher, dass die Herausforderung, die der Populismus für die liberale  
repräsentative Demokratie darstellt, nur dann vollständig erfasst werden  
kann, wenn Angebots- und Nachfrageseite gleichermaßen und in ihrer Ver-  
bindung in den Blick genommen werden.

Die Verbindung zwischen den Angeboten der Parteien und Kandidaten auf  
der einen und der in Wahlentscheidungen zum Ausdruck gebrachten Nach-  
frage der Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite wird nicht nur, aber  
in erster Linie durch politische Ideen hergestellt. Wo sich diese zu einem zu-  
sammenhängenden und kohärenten Netz aus Annahmen und Schlussfolge-  
rungen verdichten, das Erklärungen und Antworten auf verschiedenste poli-  
tische Fragen bietet, macht es Sinn, von politischen Ideologien zu sprechen.  
Beispiele für solche politischen Ideologien sind der Liberalismus, der Sozia-  
lismus oder auch der Faschismus. Mit der Verwendung eines ideologischen  
Ansatzes zur Erklärung des Populismus schließen wir uns Mudde und Kalt-  
wasser an, die Populismus in mittlerweile fast klassischer Weise als „dünne  
Ideologie“ definieren, welche die Gesellschaft als in zwei homogene und an-  
tagonistische Lager, das „wahre Volk“ und die „korrupten Eliten“, geteilt be-  
trachtet und argumentiert, dass in der Politik im Sinne Rousseaus der *vo-  
lonté générale* oder allgemeine Wille des Volkes zum Ausdruck kommen sol-  
le (siehe Mudde and Kaltwasser, 2017: 5/6).

Während Mudde und Kaltwasser jedoch davon ausgehen, dass der Populis-  
mus als dünne Ideologie, um komplexe politische Fragen umfassend beant-  
worten zu können, immer auf Bestandteile weiterer, ergänzender Ideologien  
angewiesen und damit weltanschaulich letztlich neutral ist, sehen wir den  
Populismus zwar nicht als vollständige, aber doch als dickere Ideologie an.

Auch wenn sehr unterschiedliche substantielle Forderungen, etwa nach weniger Zuwanderung oder mehr Umverteilung, mit populistischen Strategien und durch populistische Parteien vertreten werden können, hat der Populismus auf der Verfahrensebene einen harten ideologischen Kern, aus dem sich weitreichende und für die bestehenden liberaldemokratischen Institutionen gefährliche Forderungen nach Reformen ableiten lassen. Wir gehen also davon aus, dass es Elemente einer populistischen Demokratietheorie und ein dezidiert populistisches Demokratieverständnis gibt, das populistische Parteien und Kandidaten mit ihren Wählerinnen und Wählern teilen.

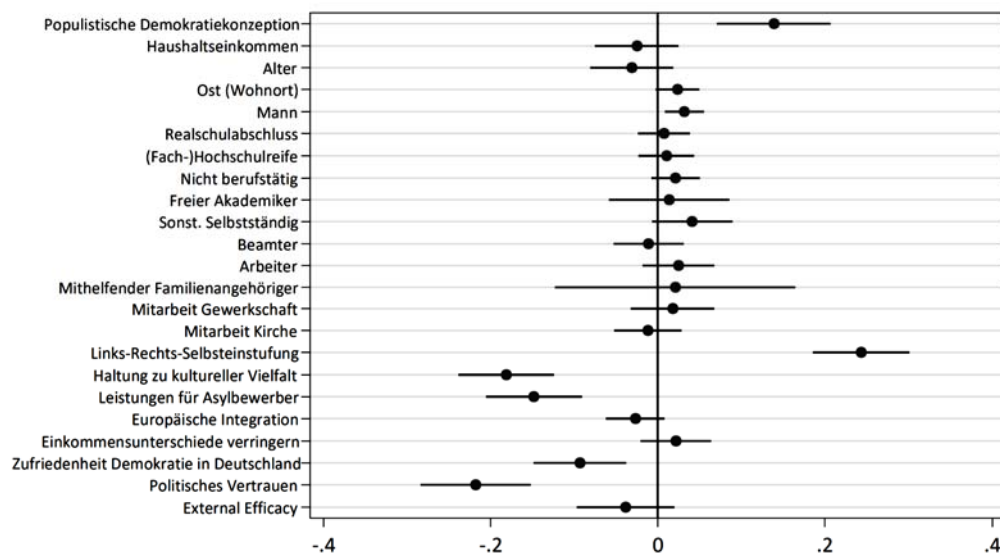
Wir gehen dabei davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger konsolidierter Demokratien auch dann, wenn sie Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit sowie freier und gleicher Wahlen grundsätzlich zustimmen, über umfassendere Vorstellungen von der Demokratie verfügen, die sich mehr oder weniger stark voneinander unterscheiden (siehe Landwehr and Steiner, 2017). Auch wenn diese Demokratiekonzeptionen weniger vollständig und kohärent sein mögen als akademische Demokratietheorien, beinhalten sie doch zusammenhängende Annahmen darüber, was die Demokratie ausmacht und wie sie zu institutionalisieren ist.

Ein spezifisch populistisches Demokratieverständnis, das nach unseren Analysen von einem Teil der deutschen Bürgerinnen und Bürger geteilt wird (Steiner and Landwehr, 2018) ist in unseren Augen durch die Kombination dreier Einstellungsmuster gekennzeichnet: Anti-Pluralismus, Majoritarismus und das Verlangen nach unmittelbarer Herrschaft. Anti-Pluralismus beruht auf der Negation von Kontingenz und Unsicherheit, der Delegitimierung konkurrierender Interessen und der Abwertung und Ausgrenzung von Andersdenkenden: "Wer sich den Populisten nicht anschließt, schließt sich selber aus." (Müller, 2016: 53). Majoritarismus basiert auf dem Glauben an einen Gemeinwillen (*volonté générale*, s.o.) des „wahren Volkes“, der in plebiszitären Entscheidungen zum Ausdruck kommen soll und geht mit der Ablehnung von Minderheitenrechten einher. Das Verlangen nach Unmittelbarkeit der Herrschaft schließlich hat die Fiktion eines imperativen Mandates des Volkes zum Kern. Jede Form der Vermittlung, des Ausgleichs und der kommunikativen Problemlösung wird abgelehnt: das Volk soll direkt herrschen, eine Identität von Herrschern und Beherrschten soll hergestellt werden (siehe auch Caramani, 2017: 54).

Lässt sich der Erfolg populistischer Parteien zumindest teilweise damit er-

klären, dass sie erfolgreich an ein solches, in der Bevölkerung zumindest latent vorhandenes, populistisches Demokratieverständnis appellieren? Abbildung 1 zeigt Ergebnisse einer multivariaten logistischen Regression mit Daten des für Deutschland bevölkerungsrepräsentativen Gesis-Panels.<sup>1</sup> Diese Regression erklärt, ob die Befragten im Sommer 2016 die AfD oder eine der anderen Parteien bei Bundestagswahlen zu wählen beabsichtigten. Als Erklärungsgrößen haben wir eine Reihe an üblicherweise als relevant erachteten Faktoren aufgenommen und zusätzlich ein Maß populistischer Demokratiekonzeptionen berücksichtigt, das auf dem oben skizzierten Verständnis basiert.

Abbildung 1: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahlabsicht, 95% Konfidenzintervalle



Der in der ersten Zeile abgetragene Einfluss populistischer Demokratiekonzeptionen auf die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahlabsicht ist substantiell und signifikant. Demnach ist die Wahl der AfD für eine Person mit einem maximal populistischen Demokratieverständnis gegenüber einer Person, die minimal populistisch eingestellt ist, um 14 Prozentpunkte wahrscheinlicher. Neben populistischen Demokratiekonzeptionen besitzen programmatische Präferenzen (rechte Selbstpositionierung, negative Haltungen zu kultureller

<sup>1</sup> Bosnjak, Dannwolf et al. (2017), GESIS (2017), für Details der Analyse siehe Steiner und Landwehr (2018).

Vielfalt und zu Leistungen für Asylbewerber) und Protest (Unzufriedenheit mit der Demokratie, mangelndes politisches Vertrauen) Erklärungskraft für die Wahl der AfD. Wenn wir zudem die Tatsache ausnutzen, dass die Teilnehmer der Befragung wiederholt befragt wurden, zeigt sich, dass populistische Demokratiekonzeptionen vorhersagen können, welche Befragten später ihre Wahlabsicht in Richtung AfD geändert haben. Diese Befunde sprechen dafür, dass Parteien mit populistischen Botschaften Wähler mobilisieren können, die aufgrund ihrer Demokratievorstellungen für solche Botschaften empfänglich sind.

Auch wenn einschränkend festzuhalten ist, dass sich unsere Analysen nur auf den Fall einer populistischen Partei (der AfD) in Deutschland beziehen und das relative Gewicht der benannten Einflussfaktoren für die Wahl anderer populistischer Parteien und in anderen Ländern anders sein könnte, halten wir populistische Demokratiekonzeptionen für eine entscheidende Variable, die für das Verständnis des Populismus und die Erklärung der Wahl populistischer Parteien zentral ist und in zukünftigen Analysen berücksichtigt werden sollte.

Was folgt hieraus für die Frage nach dem Umgang mit der populistischen Herausforderung? Zum einen wird in Anbetracht der Existenz eines dezidiert populistischen und auch in Deutschland verbreiteten Demokratieverständnisses deutlich, was wir gegen den Populismus verteidigen müssen: einen Pluralismus, der Vielfalt und Differenz nicht nur respektiert, sondern wertschätzt, und die liberale repräsentative Parteiendemokratie mit ihren Verfahren der Inklusion, des Ausgleichs und der Vermittlung zwischen konkurrierenden Interessen und konfligierenden Werten. Zum anderen stellt sich der demokratische Verfahrenskonsens weniger als festes Fundament politischer Entscheidungsprozesse denn als beständig erneuerungsbedürftiges Gerüst dar. Dieses kann durch den Populismus tatsächlich in Gefahr geraten, wenn das Einverständnis, dass kollektive Entscheidungen demokratisch, gemeinsam und unter Einbeziehung wesentlicher Argumente und Informationen getroffen werden, unterminiert wird. Zugleich jedoch ist Verfahrenskritik keineswegs grundsätzlich problematisch, sondern vielmehr essentiell für die Demokratie: unsere demokratischen Entscheidungsverfahren haben Defizite, die benannt werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Vielfalt normativer Demokratiekonzeptionen kein Problem, sondern eine Ressource für Demokratien. Denn sie ist die Grundlage für Prozesse der Meta-Delibera-

tion darüber, wie man entscheiden will. Im Idealfall sollte der Verfahrenskonsens ein Ergebnis solcher diskursiven Prozesse sein, in denen er beständig überprüft und neu gewonnen wird.

### Literatur:

Michael Bosnjak, Tanja Dannwolf, Tobias Enderle, Ines Schaurer, Bella Struinskaya, Angela Tanner and Kai W. Weyandt (2017), Establishing an open probability-based mixed-mode panel of the general population in Germany: The GESIS Panel, in: *Social Science Computer Review* 36(1), S. 103-115.

Danielle Caramani (2017), Will vs. reason: The populist and technocratic forms of political representation and their critique to party government, in: *American Political Science Review* 111(1), S. 54-67.

Paula Diehl (2011), Die Komplexität des Populismus. Ein Plädoyer für ein mehrdimensionales und graduelles Konzept, in: *Totalitarismus und Demokratie* 8(2), S. 273-292.

GESIS (2017). GESIS Panel - Standard Edition. GESIS Data Archive. Cologne: ZA5665 Data file version 5617.5660.5660, doi:5610.4232/5661.12709.

Claudia Landwehr, Nils D. Steiner (2017), Where Democrats Disagree: Citizens' Normative Conceptions of Democracy, in: *Political Studies* 65(4), S. 786-804.

Marcel Lewandowsky, Heiko Giebler, Aiko Wagner (2016), Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD, in: *Politische Vierteljahresschrift* 57(2), S. 247-275.

Cas Mudde, Cristobal Rovira Kaltwasser (2017), *Populism: A very short introduction*, Oxford University Press.

Jan-Werner Müller (2016). *Was ist Populismus?: ein Essay*, Suhrkamp Verlag.

Nils D. Steiner, Claudia Landwehr (2018), Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD, *Politische Vierteljahresschrift* 59(3), S. 463-491.